

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Rieser
Grenzstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreisverwaltung, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 168
Grenzstr. Riesa Nr. 22.

Nr. 292.

Donnerstag, 16. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Spätverkauf, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder
sonstigen Boten. Für den Fall des Einweises von Produktionsverzögerungen, Schließungen der Abgabe und Materiallieferungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabebogenes sind bis 9 Uhr vormittags anzubringen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tage und Blatte wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (8 Buchst.) 10 Pfennig; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 20%, Aufschlag, feste Tarife.
Gewährleistung erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage
„Wochenspiegel an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Kollaps oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Riesa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Stressemanns Bericht.

Die deutsche Delegation für Genf ist nun in die Reichshauptstadt zurückgekehrt. Unmittelbar nach seiner Rückkehr hat der Reichsaussenminister Dr. Stressemann zunächst dem Reichspräsidenten, sodann auch den Mitgliedern des Reichstages Bericht über das Ergebnis und die Gestaltung der Aussprache in Genf erstattet.

Wie man sich überzeugen konnte, haben die Ausführungen Stressemanns in Berlin den günstigen Eindruck über das Resultat der Genfer Besprechungen verdrängt. Zwar ist nur ein Bruchteil von dem erreicht worden, was uns nach Jug und Recht eigentlich gewährt hätte werden müssen. Aber die Tatsache, daß in nicht unwichtigen Fragen eine merkliche Nachgiebigkeit unserer früheren Entsetzungen festzustellen ist, ist im Hinblick auf die traurigen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren machen mußten, zum mindesten ein Moment, das das deutsche Volk mit Freude erfüllen kann. Man darf sich nicht scheuen, auszusprechen, daß man sich jetzt gezwungen sieht, in der Charakterisierung, die man bisher dem Genfer Vertrag gegeben hat, gewisse Korrekturen vorzunehmen. Einmal, das verdient ungeschminkt anerkannt zu werden, hat zu seinem Wort gehalten. Was um so mehr hervorzuheben ist, als die Abmachungen, die neben dem Locarnovertrag stehen, nicht offizieller Art waren, sondern nur Versprechungen, deren Erfüllung lediglich an die Ehrenhaftigkeit desjenigen, der sein Wort verleiht, gebunden war. In der Frage der Investitionen ist dem deutschen Standpunkt in weitgehendem Maße Rechnung getragen worden. Man hat festzustellen, daß die deutschen Forderungen, die in der bekannten deutschen Note vom 12. Januar formuliert worden sind, wenigstens in ihren wichtigsten Punkten erfüllt worden sind. Somit kann man sich mit der Überzeugung, die die Streitfrage über die Investitionen in Genf fand, zufriedener geben. Wenn auch der Lokalität eines Genf, aufzudecken, daß es in der Hauptsache der Energie und der Wirtschaftlichkeit der deutschen Delegation gegenübersteht, daß in diesem Gegensatz der beiderseitigen Ansätze gefunden werden konnte. Die Nachgiebigkeit unserer Locarnopartners zeigt außerdem, daß man allmählich in den ehemals feindlichen Staaten zu begreifen beginnt, daß eine Investitionspolitik nicht allein im deutschen Interesse liegt, sondern daß sie eine der Hauptvorbedingungen abgibt, unter denen allein eine Befreiung Europas aus seiner Finanz- und Wirtschaftsmisere möglich ist.

Der zweite Erfolg der Genfer Konferenz ist der Beschluß, die ständigen Kontrollkommissionen in Deutschland aufzulösen. Zwar haben unsere Locarnopartners die Absicht, einen wenn auch nicht gleichwertigen Ersatz für den Ausschuss der Elemente festzusetzen. Aber es ist zu hoffen, daß es der Standhaftigkeit der deutschen Verhandlungsführer gelingen wird, Summationen, die mit den Bestimmungen des Verfallensvertrages nicht in Einklang zu bringen sind, zurückzuweisen. In der Frage der Abberufung der Kontrollkommission dürfte der Erfolg, der für uns zu verzeichnen ist, in der Hauptsache dem diplomatischen Geschick unserer Genfer Delegation zugeschrieben werden. Denn hier waren erheblich größere Schwierigkeiten zu überwinden, als in dem Meinungsunterschied über die Investitionen. Denn Deutschland hat hier mehr erreicht und mehr erhalten, als unsere Gegner zu geben beabsichtigten.

Über zwei nicht unwichtige Fragen konnte in Genf bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Die erste Frage betrifft den Ausbau und die Erhaltung unserer Festungen im Osten. Hier macht sich der Einfluß und die Heftigkeit des polnischen Außenministers sehr bemerkbar. Wenn auch die deutsche Regierung mit aller Klarheit nachzuweisen vermag, daß die Festungen, die in einem guten Verteidigungszustand zu halten, der jeden offensiven Charakter anspricht, so glaubt dennoch Polen, in dem Besitz dieser Festungen eine Gefahr für die Sicherheit des Landes zu erblicken, die beseitigt werden muß. Die Mehrheit der Völkerbundsmitglieder hat sich den Bedenken Polens angeschlossen. Das darf jedoch keineswegs die deutsche Politik davon abhalten, nach wie vor mit allem Nachdruck auf die Bewahrung der deutschen Rechtsforderungen zu bestehen. Auch in der Frage der Erzeugung und Ausfuhr von Zirkularen, die als Kriegsgüter betrachtet werden können, konnte in Genf noch keine Einmütigkeit erzielt werden. Aber gewisse Ansätze deuten darauf hin, daß der Hauptvertreter der gegenseitigen Ansicht, England, beginnt, sich dem deutschen Standpunkt zu nähern. So darf man viel leicht hoffen, daß es einer künftigen diplomatischen Aussprache gelingen wird, auch diese Streitfrage aus der Welt zu schaffen.

Der bemerkenswerteste Punkt des Genfer Ergebnisses ist die Tatsache, daß in dem Endprotokoll auch nicht mit einem Wort der Klärung des Rheinlandes Erwähnung gemacht worden ist. Diese Streitfrage ist die wichtigste. Wenn es Deutschland nicht gelingen sollte, diese Frage gemäß dem geltenden Recht zu bereinigen, dann würden allerdings die Erfolge, die wir in den letzten Tagen in Genf erzielten, von ihrem Wert merklich eingebüßt haben. Die Fremdbestimmungen haben aus Deutschland zu verschwinden. In dieser Forderung kann Deutschland niemals nachgeben. Da unsere Gegner durch ihre Nachgiebigkeit in Genf gezeigt haben, daß sie den praktischen Nutzen einer sachlichen Annäherungspolitik erkannt haben, so darf man auch hoffen, daß sie nicht auf halbem Wege stehen bleiben werden.

Die Verhandlungen über die innerpolitische Krise.

Das Kabinett sucht die Lage zu klären.

Berlin. Das Reichskabinett beriet am Mittwoch über die gesamte außen- und innerpolitische Lage, wobei es das Hauptgewicht auf die Erörterungen über die Schaffung neuer Wehrdienstverhältnisse im Reichstage legte. Einmütigkeit herrscht darüber, daß eine Krise unter allen Umständen vermieden werden soll, damit die schwierige Wiederaufbauarbeit keinen Rückschlag erleide. Dr. Marx entwickelte einen Plan, nach dem an die Sozialdemokraten die Aufforderung gerichtet werden soll, sich der Regierungskoalition anzuschließen oder sich mit der Zusammenarbeit in der bisherigen Form und auf der Grundlage einer Stillschaltung einverstanden zu erklären. Die Minister der Deutschen Volkspartei sprachen sich nicht offen für die Bildung einer Wehrdienstregierung mit den Sozialdemokraten aus, widersprachen aber auch nicht dem Vorschlag, mit den Sozialdemokraten in Verhandlungen über die Beilegung des letzten Konfliktes einzutreten. Das Zentrum und Demokraten bemühen sich, die Sozialdemokraten von dem Vorteil einer Vertagung der innerpolitischen Entscheidung zu überzeugen und haben als Zugeständnis den Antrag auf die Abänderung der Zustände in der Reichswehr und besonders hinsichtlich einer Verbindung des Gesetzes mit dem Wehrverhältnis eingebracht, der wahrscheinlich auch die Wägung der anderen Regierungsparteien finden wird. Die Lage im Parlament muß nach Auffassung der politischen Parteien noch als so ungeklärt angesehen werden, daß mit einer Vertagung des Reichstages am Freitag nicht mit Bestimmtheit zu rechnen ist.

Der Beschluß der Sozialdemokraten.

Berlin. (Telefon.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages trat am Mittwoch abend nach vierstündiger Sitzung folgenden Beschluß: „Die sozialdemokratische Fraktion ist zu Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bereit. Sie ist aber der Auffassung, daß hierzu der Rücktritt der Reichsregierung erforderlich ist.“ Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion bedeutet, wie wir schon, daß die Fraktion ein Mißtrauensvotum einbringen wird, wenn der Rücktritt der Reichsregierung nicht erfolgt. In der Debatte wird für die Fraktion der Abg. Schiebemann das Wort nehmen.

Die Folgen des sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusses.

Berlin. Durch den gestern in später Abendstunde von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefassten Beschluß, hat sich die innerpolitische Lage von Grund auf geändert. Ob die gestern getroffenen parlamentarischen Dispositionen sich aufrecht erhalten lassen werden, ist fraglich geworden. Die endgültige Entscheidung über die Lage dürfte am heutigen Vormittag fallen, wenn die Stellungnahme des Reichskabinetts zu dem sozialdemokratischen Beschluß und das Ergebnis der sich an die Kabinettsführung anschließenden Besprechung des Kanzlers mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien vorliegen wird. Die Germania glaubt nicht, daß die Reichsregierung und die Regierungsparteien Reue zeigen werden, der sozialdemokratischen Forderung nachzukommen. Reichlich spekuliert sich die Tagespresse, die nicht daran zweifelt, daß das Kabinett der sozialdemokratischen Forderung nicht Rechnung tragen wird. Der Vorwärts erklärt: Sollte die Regierung sich den Gründen der sozialdemokratischen Fraktion nicht anschließen und nicht zurücktreten, so würde der Versuch notwendig werden, durch eine Abstimmung im Reichstag für die Revidierung der Regierung freie Bahn zu schaffen. Das Mißtrauen der Sozialdemokratie gegen Gehehr kann nicht mehr beseitigt oder beschwichtigt werden. Zunächst wird die Fraktion dem Reichswehrminister Gehehr ihr Mißtrauen bekunden. Das weitere hängt von den Beschlüssen des Kabinetts ab. Auf eine Vertagung der Krise kann sich die Sozialdemokratie nicht einlassen.

Grenzverletzung durch polnisches Militär.

Marie u. w. d. r. Die die Reichsregierung mißbet, erschienen am Montag, den 13. ds. Mts. gegen 3 Uhr nachmittags auf einem Lastauto etwa 8 Offiziere und 40 Mann polnisches Militär (anscheinend vom 18. Infanterieregiment Brandenburg) auf der Straße Garnier-Garnier-Bahnhof gelegenen polnischen Bahnkontrollstelle. Die Allierierten sich das polnische Militär in zwei Abteilungen. Während die eine auf polnisches Gebiet verließ, überschritt die andere Abteilung die Grenze und begab sich auf deutsches Gebiet gegenüber der polnischen Bahnhalle. Dort wurde von einem polnischen Offizier an Hand einer Karte Instruktion erteilt. Die Abteilung hat sich etwa eine Viertelstunde auf deutscher Seite aufgehalten. Bemerkenswert ist, daß der auf dem Grenzbahnhof Garnier nationalisierte und mit den Grenzverhältnissen genau vertraute polnische Wachtmeister hierbei zugegen war und die Grenzverletzung durch die polnischen Soldaten ruhig geschehen ließ. Es liegt eine offensichtliche und vorsätzliche Grenzverletzung vor. Bemerkung des B. I. S.: Wie wir von unterrichteter Seite hören, dürfte die Nachricht von dieser Grenzverletzung

Das Reichskabinett wird nicht zurücktreten.

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinett trat heute vormittags zu einer Sitzung zusammen, um zu der durch den Beschluß der Sozialdemokraten geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Wie das Nachrichtenbüro des B. I. S. aus parlamentarischen Kreisen hört, empfindet das Kabinett den Beschluß der Sozialdemokraten als eine Präkläreung und wird nicht zurücktreten. Das Kabinett beabsichtigt, sich dem Reichstage in „offener Feldschlacht“ zu stellen.

Die Parteiführer beim Kanzler.

Berlin. (Funkpruch.) Nachdem das Kabinett zu der sozialdemokratischen Entscheidung den Beschluß gefaßt hatte, nicht zurückzutreten, empfing der Kanzler kurz vor Mittag die Führer der Koalitionsparteien zu einer Besprechung, in der die neue parlamentarische Lage eingehend beraten wurde. Erhebliche Bedeutung wird man im Reichstag der Fraktionsführung des Zentrums bei, die um 1/2 Uhr begann. In Anwesenheit der Regierungsparteien wird nunmehr bestimmt, damit gerechnet, daß die Sozialdemokraten ein Mißtrauensvotum einbringen werden. Kein rechtmäßig beherrschter Wahlkörper, das es mit geringer Mehrheit abgelehnt werden kann.

Die mehrstündige Beratung des Reichskanzlers mit den Führern der Regierungsparteien im Reichstage endete, wie das Nachrichtenbüro des B. I. S. deutscher Zeitungsetzler erzählt, kurz vor 1 Uhr mit dem Ergebnis, daß der Beschluß des Kabinetts, nicht zurückzutreten und kein Mißtrauensvotum einbringen zu lassen, allgemein gebilligt wurde. Ferner wurde beschlossen, daß um 1/2 Uhr eine neue Besprechung der Parteiführer stattfinden soll. In dieser neuen Sitzung will Dr. Marx eine Formalklärung seiner Regierungserklärung zur Begründung vorlegen, über die dann noch zu verhandeln sein würde.

Um 1 Uhr trat darauf die sozialdemokratische Fraktion zur Beratung darüber zusammen, ob und wann sie ein Mißtrauensvotum einbringen will. In parlamentarischen Kreisen beurteilt man mittags die Aussichten der Regierung wenig optimistisch.

In der sozialdemokratischen Fraktionsführung

wurde, wie das Nachrichtenbüro des B. I. S. hört, heute beschlossen, die Regierungserklärung abzumanieren und dann ein unumstößliches Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett einzubringen.

Mißtrauensvotum der Kommunisten.

Berlin. (Funkpruch.) Die für heute 12 Uhr angelegte Resolution des Reichstages ist vorläufig auf nachmittags zwei Uhr vertagt worden. Die Kommunisten haben inzwischen ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett eingebracht.

Die Kommunisten fordern die Auflösung der Reichswehr.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstage ist ein kommunistischer Antrag eingegangen, der die Auflösung der Reichswehr fordert. An ihre Stelle soll eine Miliz treten, die aus der wertvollen Bevölkerung unter Kontrolle des Arbeiterorganisationen gestellt wird.

Zur Geschäftslage.

Berlin. (Funkpruch.) Die Dispositionen des Reichstages über die außenpolitische Debatte bleiben, wie das Nachrichtenbüro des B. I. S. deutscher Zeitungsetzler berichtet, von der Kabinettskrise unberührt. Der Reichsaussenminister wird also im Plenum des Reichstages nicht das Wort ergreifen. Wenn der Reichskanzler eine Erklärung abgeben wird, ob zu Beginn der Sitzung oder im Laufe der Debatte, steht zur Zeit noch nicht fest.

zutreffen. Die Angelegenheit wird auf diplomatischem Wege weiter verfolgt werden.

Der Kaiser von Japan gestorben?

London. Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Tokio soll der Kaiser von Japan bereits gestorben sein. Eine amtliche Bestätigung liegt jedoch noch nicht vor.

Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter.

Berlin. (Funkpruch.) Gestern begannen nach einer Korrespondenz-Meldung im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zwecks Abschluß eines Lohnvertrages für die Reichsarbeiter. Die Vertreter der Arbeiter wollten dabei den Antrag, den Arbeitern der Reichsbetriebe dieselben einmütigen Wirtschaftsbefehlen zu gewähren, wie sie der Danzhaushaltsauschuss des Reichstages für die Beamten beschloß, hat. Von den Vertretern der Regierung wurde dazu erklärt, daß sie keine Vollmacht zu Verhandlungen über diesen Punkt hätten. Die Verhandlungen wurden daraufhin auf Freitag vertagt.